

VIII. Der treue Heinrich. Anmerkungen zum Aufstieg und zur Karriere eines Spitzenfunktionärs der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am Beispiel von Heinrich Schulz

In den folgenden Ausführungen werden die Ergebnisse der Untersuchung zur politischen Biografie von Heinrich Schulz zusammengefaßt. Wenn heute mit großer Selbstverständlichkeit Spitzenpolitiker der SPD als „treue Parteisoldaten“ bezeichnet werden, die sich willig den Anforderungen der Partei unterwerfen, auch wenn ihr öffentliches Ansehen und ihre Persönlichkeit darunter leiden, dann kann Heinrich Schulz als erster genannt werden, der durch sein Leben und seine Arbeit diese „sozialdemokratische Tugend“ vorgelebt hatte. Seit 1894 beteiligte sich der ehemalige Volksschullehrer am Ringen der Partei um die Macht, die ihr dann im November 1918 von den Machteliten des Kaiserreiches nach dem verlorenen Krieg kampflos in den Schoß gelegt wurde.

In den Flügelkämpfen der Partei verbündete sich Heinrich Schulz vor der Regierungsübernahme je nach den Aufgaben, die ihm die Partei übertrug, mal mit Vertretern radikaler Positionen, mal mit Vertretern revisionistischer. Mit seinen idealistischen Vorstellungen vom Aufbau einer **Einheitsschule** vom Kindergarten bis zur Hochschule, die ihm bald in der noch oft recht bildungsfeindlichen Partei den Beinamen Bildungsschulz einbrachten, stieß er nach Veröffentlichung seines Hauptwerkes „Die Schulreform der Sozialdemokratie“ im Jahre 1911 bis in die bürgerlich-pädagogische Fachwelt vor, die ihn nach und nach als ernstzunehmenden Partner akzeptierte. So braucht hier nicht unterstellt zu werden, daß er unmittelbar nach der Verabschiedung der Verfassung, zu der er als Mitglied der Nationalversammlung maßgeblich mit beigetragen hatte (Schulartikel und Schulkompromiß), sich von der Partei als Unterstaatssekretär für Kultur- und Schulangelegenheiten im Reichsinnenministerium in die Regierung schicken ließ, um der Schulbürokratie in den Ländern und der pädagogischen Fachwelt einen verlässlichen Ansprechpartner anzubieten. Aufgestiegen zum Staatssekretär, diente er bis 1927 den häufig wechselnden Regierungen, bis ihn der erste deutsch-nationale Innenminister von Keudell entließ. Bis zu seinem Tode im Jahre 1932 verblieb er zwar noch im Parteivorstand, wurde aber bis dahin für weitere wichtige Funktionen oder Ämter nicht mehr vorgeschlagen. Man könnte sagen, der treue Heinrich hatte seine Schuldigkeit getan.

—

Als sich Heinrich Schulz im Laufe des Jahres 1894 der Sozialdemokratie anschloß und damit endgültig auf die Weiterbeschäftigung als Volksschullehrer verzichtete, schrieb er sich neben

seiner nachzudienenden Zeit beim Militär zur eigenen Fortbildung in einen Aufbaukurs für Seminarlehrer an der Universität Leipzig zum Studium der Kameralwissenschaften ein. Anschließend veröffentlichte er in verschiedenen sozialdemokratischen Zeitungen kürzere Abhandlungen zu Bildungsfragen, so daß er die Aufmerksamkeit von **Wilhelm Liebknecht** auf sich zog. Als einflußreicher Chefredakteur des Vorwärts, des Zentralorgans der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die seit 1890 wieder legal arbeitete und als leitendes Mitglied des Parteivorstandes für die von ihm 1891 gegründete Berliner Arbeiterbildungsschule holte Wilhelm Liebknecht 1895 Heinrich Schulz als Lehrer an diese Schule. In der Zusammenarbeit mit dem Lehrerkollegium entging Heinrich Schulz nicht, daß ihm die theoretischen Grundlagen des historischen Materialismus fehlten, auf denen das Erfurter Programm der SPD von 1891 aufbaute. So gab er in einem Schreiben an **Karl Kautsky** vom 21.12.1895 bescheiden zu, daß er bei der Abfassung seines Aufsatzes zum 150. Geburtstag von Pestalozzi für die Neue Zeit, „Herrn Dr. Mehring um sein Urteil über verschiedene Stellen meines Aufsatzes, soweit darin der historische Materialismus in Frage kommt“, gebeten hatte (Brief v. Schulz, H., iisg Kautsky DXX 498).

Franz Mehring, der erst 1891 als 45jähriger der Sozialdemokratie beitrug, und zuvor als einer ihrer schärfsten bürgerlichen Gegner galt, war zu dieser Zeit der beste Kenner der Werke von Marx, Engels und Lassalle, deren „literarischen Nachlaß“ er im Auftrage des Parteivorstandes im Jahre 1902 herausgab (Osterroth 1960, S. 220). **Der aufstrebende hauptamtliche Parteifunktionär Heinrich Schulz erhielt intensive Förderung durch den Mitbegründer der Sozialdemokratischen Partei, Wilhelm Liebknecht, sowie durch ihre anerkannt besten Theoretiker Franz Mehring und Karl Kautsky.**

In den zwei Jahren, die Heinrich Schulz von 1895 bis 1897 in Berlin an der Arbeiterbildungsschule tätig war, konnte er unter Anleitung von Franz Mehring, der ihn u. a. mit dem Kreis um Clara Zetkin zusammenbrachte, sein theoretisches Rüstzeug vertiefen, so daß er von der „Preßkommission“ des Parteivorstandes in Berlin 1897 für befähigt gehalten wurde, die politische Leitung der parteieigenen Tageszeitung Tribüne Erfurt zu übernehmen. Mit einer solchen Tätigkeit als hauptamtliche Funktionäre mit festem Einkommen betraute der Parteivorstand ausschließlich Parteimitglieder, die sich auf dem Gebiet der Massenagitation als Vertreter des unverbrüchlichen Klassenkampfes bewährt hatten. So leiteten beispielsweise ab 1890 Clara Zetkin die Gleichheit, ab 1891 Karl Kautsky die Neue Zeit als Wochenzeitschrift in Stuttgart, Franz Mehring ab 1901 die Leipziger Volkszeitung und Paul Löbe ab 1902 die Arbeiterpresse Breslau. **Mit 25 Jahren wurde Heinrich Schulz als einer der jüngsten hauptamtlichen Leiter einer Parteizeitung vom Parteivorstand in Berlin nach Erfurt entsandt.**

Über die Arbeit von Heinrich Schulz in Erfurt und Magdeburg von 1897 bis 1902 geben seine in der Studie angeführten Artikel in der Tribüne Erfurt und in der Volksstimme Magdeburg ausführlich Auskunft. Eine gefestigte Gesinnung wurde Heinrich Schulz selbstverständlich in der Parteiführung dadurch zugebilligt, daß er für seine Parteiarbeit bis 1901 drei längere Gefängnisstrafen unbeschadet überstand. Gefängnisstrafen wegen Majestätsbeleidigung oder Volksverhetzung hatten nahezu alle führenden Mitglieder der Partei während der Zeit der Sozialistengesetze von 1875 an bis 1890 für leichte Vergehen erhalten und auch nach 1890 wurden sie von den Staatsanwaltschaften weiterhin verfolgt. **Heinrich Schulz setzte sich aufgrund erlittener Gefängnisstrafen jahrzehntelang gegen den Majestätsbeleidigungsparagraphen ein**, was er später durch seinen ersten Antrag als Reichstagsabgeordneter vom 13. Februar 1912 verdeutlichte, als er mit der Fraktion der SPD einen Gesetzentwurf für das Zeugnisverweigerungsrecht der Abgeordneten einbrachte (Bundesarchiv R 1501/ 114721 S. 73).

In seiner Zeit in Berlin, Erfurt und Magdeburg leistete Heinrich Schulz neben seiner Arbeit als Leiter des Dozentenkollegiums an der Arbeiterbildungsschule und als Redakteur Arbeit zur Festigung der Berliner Volksbühne, des Aufbaus eines Arbeiterkulturvereins in Erfurt und der Vereinigung zur Pflege der Kultur im Volke in Magdeburg. **Die Kulturarbeit für Arbeiter sollte nach den Vorstellungen von Heinrich Schulz nicht mit bürgerlichen Vereinigungen wie beispielsweise dem Goethebund vermischt werden, sondern eigenständig sein.**

Diese Forderung setzte er auch 1904 in Bremen auf einem Regionalparteitag gegen den dortigen Arbeitersekretär der Partei Friedrich Ebert durch, der ein Zusammengehen mit dem Bremer Goethebund favorisierte. Auf diesem Parteitag wurde Heinrich Schulz von Wilhelm Pieck unterstützt. Wilhelm Pieck schrieb über die Zusammenarbeit mit Heinrich Schulz in Bremen in seinem unvollendeten Brief an Heinrich Schulz aus dem Gefängnis vom Jahre 1915: „Und wenn von verschiedenen Seiten ... auch Sie als Kronzeuge, als einer der Radikalen angeführt wurden, so mußte ich immer bei mir denken, daß Sie eigentlich erst seit Bremen zu den Radikalen gehörten, früher in Magdeburg und auch in dieser Zeit in Bremen, zu den Revisionisten hielten. Ob Sie früher in Erfurt eine andere Stellung einnahmen, entzieht sich meiner Kenntnis“ (Nachlaß Pieck; Bundesarchiv NY 4036/486, S. 48). Als politisch verantwortlicher Redakteur der Bremer Bürgerzeitung seit 1903 hatte Heinrich Schulz vielen Vertretern der Radikalen in der Partei wie Pannekoek, Rühle, Radek oder Zetkin breiten Raum in der Zeitung eingeräumt. **Die Bremer Bürgerzeitung geriet zur Zeit der Leitung durch Heinrich Schulz in den Ruf eines extrem linken Parteiorgans im Deutschen Reich, so daß er in der Partei allgemein den Radikalen zugerechnet wurde.**

Die Auseinandersetzung zwischen dem **streng marxistisch** orientierten Flügel in der Partei und dem **revisionistischen** Flügel schwelte schon seit geraumer Zeit. Unter dem Parteivorsitzenden August Bebel, der mit Wilhelm Liebknecht 1869 in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei und 1875 in Gotha die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegründet hatte, hielt die Partei auch seit ihrer Legalisierung 1890 sowie in ihrem Erfurter Programm von 1891 weiterhin in großen Zügen an marxistisch orientierten Prinzipien fest. „In den Richtungskämpfen der Sozialdemokratie zwischen 1890 und 1900, die sich um den Staatssozialismus, die Sozialreform, das Agrarprogramm und Bernsteins Revisionismus drehten“ kämpften August Bebel und Wilhelm Liebknecht auf dem linken Flügel für die „Reinheit des Prinzips“ (Osterroth, 1960, S. 194). Noch auf dem Dresdener Parteitag 1903 lehnte die Mehrheit der Parteitagsglieder nach einer kämpferischen Rede von Karl Kautsky es ab, die „bisherige bewährte und sieggekrönte, auf dem Klassenkampf beruhende Taktik in dem Sinne zu ändern, daß an Stelle der Eroberung der politischen Macht durch Überwindung unserer Gegner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung tritt“ (Parteitagbeschuß zit. in: Osterroth 1960, S. 157). In der Frage der Kulturvereine der Arbeiterschaft stand Heinrich Schulz im Jahre 1904 fest auf dem Parteitagbeschuß, indem er eine Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Vereinen bekämpfte. In Erfurt und Magdeburg allerdings hatte er sich zuvor in Wort und Tat in seinem Sozialdemokratischen Wahlverein und später in der Partei zur Erringung der Mehrheit für den Reichstag und im Stadtparlament mit den Thesen der Revisionisten auf dem Gebiet der Kommunalpolitik und mit seiner Werbung für das Genossenschaftswesen angefreundet, indem er bereits im November 1900 den Reichstagsabgeordneten Paul Singer zu einer Wahlveranstaltung eingeladen hatte, der den Revisionisten zuzurechnen war. **Heinrich Schulz nahm seit seiner Zeit in Erfurt 1897 teils revisionistische, teils radikale Positionen ein.**

Nachdem Friedrich Ebert 1905 zum hauptamtlichen Vorstandsmitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gewählt wurde und nach Berlin übersiedelte, ließ er Heinrich Schulz 1906 durch Beschluß des Mannheimer Parteitages zum hauptamtlichen Leiter der Parteischule und Geschäftsführer des Zentralbildungsausschusses mit Sitz in Berlin bestellen. Hiermit gelang es Friedrich Ebert, der frühzeitig revisionistische Positionen vertrat, seinen radikalen Widersacher aus Bremen, der sich in Bildungsangelegenheiten in der Partei bereits einen Namen als Bildungsschulz geschaffen hatte, in seinen Einflußbereich zu ziehen, um sein Organisationstalent für die Partei zu nutzen. **Außerordentliches Geschick in Organisationsfragen hatte Heinrich Schulz bereits in Erfurt unter Beweis gestellt, wo er den offenen Wahlverein der Sozialdemokraten in eine Parteivereinigung mit verpflichtender Mitgliedschaft überführt hatte.**

Die neugegründete Parteischule beim Parteivorstand nahm darum auch unter Heinrich Schulz Leitung nach wenigen Monaten Anlaufzeit zu Beginn des Jahres 1907 bereits ihre Arbeit auf. Heinrich Schulz nutzte seine guten Kontakte aus, die er zuvor in der Arbeiterbildungsschule in Berlin als auch als Redakteur zu Parteitheoretikern aufgebaut hatte und gewann Dr. Hilferding, Dr. Pannekoek, Dr. Mehring, Dr. Luxemburg und Simon Katzenstein als Lehrer. Die so genannten Radikalen überwogen in der Parteischule vor den Revisionisten, wie sie in den Lehrern Hugo Heinemann, Kurt Rosenfeld und Arthur Stadthagen auftraten. Er selbst erteilte Unterricht in Rhetorik und konzentrierte sich später zusammen mit Wilhelm Pieck auf die Organisation der Wanderlehrerkurse. Über die Geschäftsführung des Zentralbildungsausschusses beteiligten sich Heinrich Schulz und Wilhelm Pieck bis 1913 am Aufbau von über 400 Bildungsausschüssen der Partei im ganzen Deutschen Reich. **Als Organisator der parteiinternen Bildungsarbeit hatte Heinrich Schulz den an ihn gestellten Auftrag des Mannheimer Parteitages von 1906 zum Aufbau der Parteischule und zur Arbeit des Bildungsausschusses voll erfüllt.**

Bis zum Jahre 1912, in dem Heinrich Schulz in den Deutschen Reichstag gewählt wurde, lagen sowohl die Parteischule als auch der Zentralbildungsausschuß mit ihren Aktivitäten beständig auf der Richtung der Radikalen in der Partei, denn auch im Zentralbildungsausschuß überwogen die Meinungen von August Bebel, Franz Mehring und Clara Zetkin vor denen von Eduard David, Karl Korn und Georg von Vollmar, die mehr dem Revisionismus zuneigten. Im Winter 1911/12 beendete Heinrich Schulz sein theoretisches Hauptwerk „**Die Schulreform der Sozialdemokratie**“, mit dessen Veröffentlichung er als ernstzunehmender Gesprächspartner in die pädagogische Fachwelt Eingang nahm. Dieses Werk ist noch voll durchdrungen von den klassenkämpferischen Parolen der Partei, gibt aber auch konkrete Schritte an, mit denen die Partei Einfluß auf das bestehende Bildungswesen nehmen konnte. **Die wenigen Sätze zur Schulbildung, die das Erfurter Programm von 1891 aufführte, hatte Heinrich Schulz in ein Reformprogramm vom Kindergarten bis zur Hochschule gegossen und damit die Partei mit einem handlungsfähigen Konzept auf diesem Gebiet ausgestattet.** Von nun an galt er auch außerhalb der Partei als Vertreter der Sozialdemokraten in Schulangelegenheiten, was ihm auch in der Fachwelt nach und nach den allseits anerkannten Beinamen **Bildungsschulz** einbrachte.

Sein engster Mitarbeiter zu dieser Zeit, Wilhelm Pieck, der als Mitarbeiter im Jahre 1910 von Bremen zum Zentralbildungsausschuß von Heinrich Schulz nach Berlin geholt wurde, merkte von 1912 an verstärkt, daß sich Heinrich Schulz durch seine Arbeit im Reichstag und durch seine sonstigen Funktionen mit der Zeit von seinen bisherigen Kollegen in der Parteischule als auch im Zentralbildungsausschuß zurückzog. Hierzu führte er in seinem unvollendeten und unabgeschickten Brief aus dem Gefängnis von 1915 an Heinrich Schulz aus: „Der erste Anlaß zu einer ernsten Verstimmung zwischen uns bildete Ihr Bruch mit Mehring. Ich hatte Mehring als

Mensch und als Lehrer in der Parteischule kennen und schätzen gelernt. Sie brachten ihn mir auch menschlich näher, indem Sie mich in den Kreis einführten, der mit Mehring regelmäßig freitags zusammen kam. Ich war in dem Kreise der einzige Proletarier, trat also als Nehmender in den Kreis ein. ... Dann traf Sie der Pfeil seines kritischen Geschosses. Sie fühlten sich verletzt, kamen nicht mehr zum Freitagabend und stellten den Verkehr mit Mehring ein. ... Ich verstand Sie nicht. Mehring war doch auch Ihr alter Freund und Gönner, der Ihnen den Weg gebahnt hatte und von dem Sie so viel gelernt hatten und von dem Sie mir gegenüber immer in den Tönen höchsten Lobes sprachen. Und nun sollte er durch einen kleinen Dämpfer Sie so verletzt haben, daß Sie nichts mehr von ihm wissen wollten. Das schien mir doch mehr Selbstüberhebung und verletzte Eitelkeit zu sein, als verletztes Ehrgefühl. Früher haben Sie mit Humor seinen Spott aufgenommen. Glaubten Sie, Ihre Würde als Reichstagsabgeordneter könne eine solche Kritik nicht mehr ertragen? Ich habe gerade die Beobachtung gemacht, daß Ihr ganzes Wesen sich gewandelt hat, seitdem Sie dem Reichstage angehören. Ich verstehe warum. Sie sind sehr empfänglich für äußere Reputationen und dekoratives Gepränge. Im Reichstage fanden Sie das Milieu und gleichzeitig auch materielle Mittel zur Durchführung einer komfortablen Aufmachung. So hat sich – entsprechend der materiellen Geschichtsauffassung – auch Ihr Wesen geändert, ohne daß Sie es merkten, aber die anderen merken es“ (Nachlaß Pieck in: Bundesarchiv a. a. O., S. 42/43).

Wilhelm Pieck stellte in seinem Brief weiter Vermutungen darüber an, daß bei Heinrich Schulz ab 1912 „bereits eine Umwandlung der parteitaktischen Auffassung einsetzte, die Sie veranlasste, meine Tätigkeit auch von diesem Gesichtspunkt aus anders zu beurteilen“ (Nachlaß Pieck a. a. O. S. 44). So hätte Heinrich Schulz ihn daran hindern wollen, weiterhin zu Mehrings Freitagstreffs zu gehen, und ausgesprochen, daß sein „kritisches Auftreten gegenüber der Berliner Organisationsabteilung der Bildungsarbeit in Berlin hinderlich sein könne“ (Nachlaß Pieck a. a. O. ebenda). Nach Aussage von Wilhelm Pieck häuften sich im Büro des Zentralbildungsausschusses Verstimmungen über Verstimmungen. „Diese lagen in Ihrer immermehr offenkundig werdenden parteitaktischen Schwankung innerhalb Ihrer parlamentarischen Tätigkeit. ... Die Stellung zu den Kriegskrediten brachte dann einen noch größeren Gegensatz in grundsätzlicher Auffassung zum Ausdruck. ... Sie waren schon gleich am 1. August voller Aufregung, sahen die Partei zusammenbrechen, nahmen dann im Einverständnis mit dem PV die Kündigung aller Angestellten außer mir im Büro vor, wurden dann krank und legten sich ins Bett“ (Nachlaß Pieck a. a. O. S. 47). Auf ein Kaiserwort eingehend fuhr Wilhelm Pieck in seinem Brief fort: „So ist der Winter dahingegangen. Wir lebten im Burgfrieden, auch im Büro. Sie hatten inzwischen Anschauungen entwickelt, die bisher nur von den Vertretern der äußersten Rechten propagiert wurden“ (Nachlaß Pieck a. a. O., S. 48). **Nach dem Zeugnis von Wilhelm Pieck, seinem engsten Mitarbeiter von 1910-1914, begann Heinrich Schulz seit seiner Wahl zum Reichstagsabgeordneten 1912 mit der radikalen Richtung in der Partei zu brechen und sich nach und nach mit der**

revisionistischen Mehrheit in der Reichstagsfraktion einzulassen. Seine allmähliche endgültige Aufgabe theoretischer Grundpositionen ließen ihn bis zum Kriegsausbruch zu einem flexiblen Pragmatiker heranwachsen, der sich neben bildungspolitischen Fragen nun auch Angelegenheiten der Außen- und Militärpolitik widmete und sich der Partei zur Übernahme verschiedener Aufgaben zur Verfügung stellte.

Bei Kriegsausbruch 1914 hatte Heinrich Schulz den Kriegskrediten im Reichstag mit innerer Überzeugung zugestimmt und den vom Kaiser propagierten Burgfrieden sofort in die Tat umgesetzt. Er stellte die Arbeit der Parteischule ein, löste die Wanderlehrerkurse auf, stellte auch den Vertrieb von Agitationsmaterial an die 400 Bildungsausschüsse durch den Zentralbildungsausschuß ein. Dafür schrieb er Broschüren und hielt Vorträge über den Krieg als Chance für die Emanzipation der deutschen Arbeiterschaft und arbeitete verstärkt mit bürgerlichen Organisationen und Wissenschaftlern zusammen, um sich mit ihnen Gedanken zu machen, wie die deutsche Schule nach dem siegreichen Krieg umgestaltet werden könnte.

Durch den Anpassungsdruck, sich den gegebenen Verhältnissen besonders im Kriege unterzuordnen und mit den bürgerlichen Institutionen und Organisationen zusammenzuarbeiten, den Friedrich Ebert in der Partei erzeugte, übernahm offensichtlich auch Heinrich Schulz nach und nach das von ihm früher oft verspottete bürgerliche Gehabe von Wichtigtuerei und Selbstgefälligkeit. Zum Beleg dafür kann folgender Artikel der Vossischen Zeitung vom 3. Juli 1915 dienen, in der es hieß: **„Reichstagsabg. Heinrich Schulz über das Umlernen.** Der sozialdemokratische Schriftsteller Heinrich Schulz, der den Wahlkreis Erfurt-Ziegenrück im Reichstag vertritt, legt in der Schwäbischen Tagwacht in einem Artikel „Theorie und Erfahrung“ dar, inwiefern der Krieg zum Hinzulernen und zum Umlernen zwingt, wobei er im voraus sagt, daß die Notwendigkeit des Neulernens und Umlernens beileibe nicht ein leichtherziges Verzicht auf bisherige Grundanschauungen bedeute“ (Voss. Zeitg. v. 3.7.1915 in: Pressemappe Reichslandbund a. a. O. S. 32). Die Vossische Zeitung zitierte Heinrich Schulz auszugsweise: „Nur mit Lächeln kann man jetzt, im zehnten Monat des Krieges, die **B e b e l -**
s c h e V o r a u s s a g e über den Zusammenbruch der kriegsführenden Länder, besonders Deutschlands, nachlesen. Die innere Politik ging andere Wege, als man angenommen hatte. Die Kriegsführung selber bot den Fachleuten die überraschendsten Probleme, die oft auf die überraschendste Weise gelöst wurden. Die Internationale der sozialistischen Parteien, die bis an die Schwelle des Krieges eine unlösliche Einheit schien, barst in ihrer bisherigen Form krachend auseinander. Die Menschen selbst offenbarten Kräfte und Stimmungen, die man bei ihnen – je nachdem – nicht mehr oder noch nicht erwartet hatte. Wer angesichts dieser unerhörten, von niemand vorausgesehenen, geradezu revolutionären Entwicklung der Dinge behaupten will, er brauche dabei nichts hinzuzulernen, er habe nichts nötig, seine Anschauungen in vielen Punkten gründlich zu prüfen und neuzuordnen, der ist entweder ein hartnäckiger Taschenleugner oder sein

Inneres ist von einer solchen undifferenzierten Einfachheit, daß auch die ärgsten Erschütterungen der Kulturmenschheit daran nichts zu verändern und zu verschieben möchten“ (Schulz, H. in: Voss. Zeitg. a. a. O. , ebenda; Hervorhebung v. Schulz). Mit seinem Artikel „**Über das Umlernen**“ vollzog Heinrich Schulz den endgültigen Bruch mit all seinen Kampfgefährten aus der Parteischule und dem Zentralbildungsausschuß, die sich um Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Clara Zetkin, Wilhelm Pieck, Hermann Duncker und später auch Karl Kautsky für Massenstreiks gegen den Krieg aussprachen und mit Hilfe von Streiks unter Bruch des „Burgfriedens“ eine revolutionäre Situation in allen kriegführenden Staaten herbeiführen wollten. Über die Auseinandersetzung zu dieser Frage zerbrach 1917 dann auch endgültig die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in SPD, USPD und in die Spartakusgruppe. Der Parteivorstand unter Friedrich Ebert nahm diese Spaltung billigend in Kauf. **Heinrich Schulz wurde von Friedrich Ebert für seine prinzipientreue Haltung 1917 auf dem Würzburger Parteitag zur Aufnahme in den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorgeschlagen, der ihn auch wählte, und dem er bis zu seinem Tode 1932 angehörte.**

Nach der Abdankung des Kaisers in der Nacht zum 9. November 1918 wurde Friedrich Ebert als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Mehrheitssozialisten) vom letzten Reichskanzler des Kaiserreiches, Prinz Max von Baden, mit der Bildung einer neuen Regierung im besiegten Deutschen Reich beauftragt. Durch die strikte Einhaltung des Burgfriedens durch die Partei und durch ihren patriotischen Einsatz für den Krieg hatten sich die Mehrheitssozialisten sowohl für den Adel, für die Militärführung als auch für die bürgerlichen Parteien regierungsfähig gemacht. **Heinrich Schulz konnte in den Monaten nach der Revolution zuerst im Büro von Friedrich Ebert, später offensichtlich als Beigeordneter im Reichsinnenministerium sein organisatorisches Geschick für die Abhaltung der Wahlen zur Nationalversammlung entfalten.** Mit den Wahlen zur Nationalversammlung am 19.1.1919 wurde die Doppelherrschaft von provisorischer Regierung und Arbeiter- und Soldatenräten endgültig abgeschafft. Das tradierte bürgerlich-parlamentarische System hatte sich auf Reichsebene nach dem Willen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands etabliert.

Als Abgeordneter und 1.Vizepräsident der Nationalversammlung unterschrieb Heinrich Schulz die Friedensverträge von Versailles und schloß im Auftrage von Friedrich Ebert, der nun schon von der Versammlung zum Reichspräsidenten gewählt war, mit den bürgerlichen Parteien in der Regierung den Schulkompromiß ab, dessen Abschluß die letzte Hürde auf dem Weg zur Verabschiedung der Reichsverfassung war. **Zur Durchführung der in der Reichsverfassung vorgesehenen reichsrechtlich zu regelnden Bestimmungen über das Schulwesen trat Heinrich Schulz im Auftrage des Parteivorstandes als Unterstaatssekretär in die Regierung ein.** Unter der Leitung seines langjährigen Mitstreiters im Zentralbildungsausschuß, Eduard David,

wurde für ihn im Reichsinnenministerium die Abteilung Schulangelegenheiten und Kulturfragen eingerichtet, die er selbständig leitete. **Heinrich Schulz erfüllte die ihm von der Kultusministerkonferenz im September 1919 aufgetragenen Aufgaben im darauf folgenden Jahr: die parlamentarische Verabschiedung eines Grundschulgesetz und die Durchführung der vom Rat der Volksbeauftragten am 17.1.1919 beschlossene Einberufung einer Reichsschulkonferenz.** Am 18.4.1920 beschloß die noch amtierende Nationalversammlung das Gesetz über die einheitlich vierjährige Grundschule für das ganze Deutsche Reich. Ein erster Schritt hin zur Einheitsschule, wie sie von Heinrich Schulz 1911 in seinem Buch „Die Schulreform der Sozialdemokratie“ gefordert wurde.

Die **Reichsschulkonferenz** wurde von ihm vom 11.6. bis zum 19.6.1920 in das Reichstagsgebäude nach Berlin einberufen. Aus den oben angegebenen Gründen, neben dem Parlament keine weiteren beschlußfassenden Gremien zu dulden, hat Heinrich Schulz pflichtgemäß den Willen des Parteivorstandes, in dem er selbst Sitz und Stimme hatte, befolgt und am Tage vor der Eröffnung der Konferenz in einer Presseerklärung verlauten lassen, daß mögliche Abstimmungsergebnisse auf der Konferenz keine bindenden Aufgabenstellungen für die Regierung bedeuten könnten, sondern nur ein Meinungsbild der Konferenz über den pädagogischen Stand der Dinge im Jahre 1920 abgäben. **Mit seiner Presseerklärung vom 10.6.1920 hatte Heinrich Schulz der Reichsschulkonferenz von 1920 jeglichen plebiszitären Anspruch genommen** (Ostseezeitung v.11.9.1920). So wurde die Reichsschulkonferenz von 1920 unter seiner Leitung zu einem pädagogischen Großereignis, wie es keines mehr in dieser Art seither in Deutschland gegeben hat. Ein Auftakt zu einer grundlegenden Schulreform, die von Heinrich Schulz in seinen Gesetzesvorlagen zum Reichsschulgesetz gefordert wurde, war sie allerdings nicht. Über das Scheitern seiner Vorlagen gab er ausführlich Auskunft in seinem Buch von 1926 „Der Leidensweg des Reichsschulgesetzes“.

Als einziges Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands blieb **Heinrich Schulz** unter den vielen wechselnden bürgerlichen Regierungen ab dem Jahre 1920 auf Bitten seines Parteivorstandes in seinem Amt, bis ihn der erste deutsch-nationale Innenminister von Keudell am 13.4.1927 in den einstweiligen Ruhestand versetzte

Daß er so lange an seinem Amt fest hielt, lag sicherlich zum einen daran, daß er letztlich als nur **„Bildungspolitiker“** in seiner Partei wenig Gestaltungsmöglichkeiten auf die Schulpolitik des Reiches sah, zum anderen an seinem ihm nachgesagten Hang nach hoher Reputation. War er doch aus kleinbürgerlichen Verhältnissen zu einem hohen Staatsamt aufgestiegen, wie es viele seiner Genossen niemals zu erreichen wagten. So folgte er als „treuer Parteisoldat“ dem Wunsch seines Parteivorstandes und des Reichspräsidenten Friedrich Ebert, weiterhin mit einem

Staatssekretär in den Reichsregierungen vertreten zu bleiben (hierzu: Schulz, K. P. 1999. S. 245 ff). Alle Regierungen, denen er weiterhin angehörte, waren allerdings ab 1920 an weitreichenden reichsgesetzlichen Regelungen, wie es ein von ihm erarbeitetes **Reichsschulgesetz** und ein **Reichsgesetz zur Lehrerbildung** darstellten, nicht mehr interessiert, weil ihre parlamentarische Beratungen mit Sicherheit einen neuen Kulturkampf hervorgerufen hätten. Sein mit persönlichem Widerstreben getroffener Schulkompromiß von 1919 holte ihn in den nächsten Jahren als Hindernis eigener Gestaltungsmöglichkeiten ein.

So beschränkte er sich mit seiner Abteilung im Reichsinnenministerium auf die Unterstützung das Reich betreffende Kulturaufgaben, wie auf den Ausbau des **Deutschen Museums in München**, auf den Aufbau der **Notgemeinschaft Deutscher Künstler** und kämpfte erfolgreich um die **Einheitskurzschrift**, die 1923 in einem Gesetz ihre reichseinheitliche Regelung fand.

Im Zusammenhang mit der Bewertung der Konferenz von 1920 als **Große Reichsschulkonferenz** (Schorb, A. 1966 S. 7ff) kann die Leitung dieser einmaligen, wenn auch verspäteten Veranstaltung durch Heinrich Schulz als Höhepunkt seiner Karriere bezeichnet werden, da seine Mitwirkung in allen historischen Werken zur Pädagogik und zur Bildungsgeschichte Erwähnung findet.

—

In der vorliegenden Studie sind eine Reihe von Quellen angeführt, die den unbedingten Einsatz von Heinrich Schulz für den Krieg belegen. Seine Argumente weisen darauf hin, daß er sich hierbei von machtpolitischen Interessen leiten ließ. Selbst als Vizefeldwebel in belgischen Ortskommandanturen tätig, konnte er sich allein mit bildungspolitischen Forderungen an die Partei nicht begnügen. Dazu war er offensichtlich selbst zu tief beeindruckt von der Leistungskraft der Kriegswirtschaft und der disziplinierten Haltung der Frontsoldaten und der Menschen im Deutschen Reich.

Dennoch soll hier die Frage aufgeworfen werden, wie der nach Aussagen von Clara Zetkin sensible Pädagoge Heinrich Schulz mit dem Widerspruch fertig wurde, daß er als Journalist lange Jahre hindurch gegen die imperialen Ansprüche des Kaiserreiches Hunderte von Artikeln schrieb und später zur Heranbildung gut geschulter Funktionäre in der Partei beitrug, sich dann aber im Krieg zu einem radikalen Kriegsbefürworter entwickelte. Vor dem Krieg hatte er sicherlich zur Emanzipation der deutschen Arbeiterschaft viel beigetragen. Ob er als Machtpolitiker nach der Revolution einen gleich hohen Beitrag beisteuerte, wird hier deutlich bezweifelt. Offensichtlich hatte er sich zu tief in die Notwendigkeit gefügt, gegen seine Überzeugungen Kompromisse abzuschließen. Viele seiner Vorhaben blieben im Ansatz stecken oder scheiterten, die er als Bildungspolitiker und Regierungsmitglied in Angriff nahm.

Seine ursprünglichen pädagogischen Ansprüche versuchte er sich neben all seinen vielen Funktionen als Vorsitzender des Sozialistischen Jugendverbandes (ab 1918), der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Lehrer (ab 1919) und als Initiator der Kinderfreundebewegung (1923) zu bewahren. Aber auch diese Organisationen unterlagen parteitaktischen Erwägungen, die eine Fessel zu ihrer freien Entfaltung bildeten.

Mit seinen pädagogischen Schriften „Die Mutter als Erzieherin“ (8. Aufl. 1923), „Aus meinen vier Pfählen“ (2. Aufl. 1921) und „Der Kleine Jan“ (2. Aufl. 1924) erzielte er zu seiner Zeit einige Erfolge.